

Grüne und Alternative
in den Räten von Baden-Württemberg
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. 0711 9935990, Fax 0711 9935999
Mail: gar@gar-bw.de
Internet: www.gar-bw.de



März-Rundbrief 2010

Liebe GAR-Mitglieder,

in diesem Rundbrief findet Ihr aktuelle Informationen zu folgenden Themen:

1. Brisante Zahlen im Schulentwicklungsgutachten der GEW
2. Finanzsituation der Kommunen und grüne Forderungen an die Bundesregierung
3. Flüchtlinge aufnehmen – Beispielantrag aus Karlsruhe
4. Veggi-Day – Beispielantrag zu Ernährung und Klimaschutz
5. Neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen
6. Inklusion an der Schule, offener Brief an die Rathauspitze
7. Neue AKP erschienen
8. Grüne Blogs

1. Das Schulentwicklungsgutachten der GEW für Baden-Württemberg

Beim GAR-Seminar im letzten Monat wurde das Schulentwicklungsgutachten der GEW vorgestellt, das ausgehend von den Bevölkerungszahlen des statistischen Landesamtes und unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Übergangsquoten in die einzelnen Schularten die zu erwartenden Schülerzahlen für die einzelnen Schularten darstellt. Wenn sich am viergliedrigen Schulsystem nichts ändert, wird nur noch eine Minderzahl von Gemeinden weiterbildende Schulen anbieten können.

Selbst bei der Annahme dass 25 % aller Schülerinnen und Schüler auf die Hauptschule wechseln, wird es weniger als 200 (von über 1000) Gemeinden geben, die eine Haupt bzw. Werkrealschule am Ort haben. Denn je gegliederter ein Schulsystem ist, desto zentraler muss es bei einer geringen Zahl von Schülerinnen und Schülern werden. Zwei Entwicklungen kommen zusammen: Die absolute Zahl der SchülerInnen im Land ist abnehmend und die Übergangsquote in die Hauptschule ist abnehmend.

Die Kurzfassung des GEW-Gutachten findet Ihr im Netz unter <http://www.gew-bw.de/Schulentwicklungsgutachten.html>

Einen Beispielantrag für den Landkreis Ablb-Donau, ein Regionalgutachten zur Schulentwicklung erstellen zu lassen findet Ihr auf der GAR-Internetseite unter Veranstaltungen. <http://www.gar-bw.de/veranstaltungen.html> .

Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Schülerzahlen im Land wird mehr als deutlich, dass die Werkrealschule kein flächendeckendes Angebot sein wird. Wer wohnortnahe Schulen möchte, muss das gemeinsame Lernen anstreben.

2. Britta Hasselmann zur Finanzsituation der Kommunen und grünen Forderungen

Liebe Freundinnen und Freunde,

Während Union und FDP die Abschaffung der Gewerbesteuer in einer Gemeindefinanzkommission diskutieren wollen, haben wir - pünktlich zur konstituierenden Sitzung der Gemeindefinanzkommission - Eckpunkte vorgelegt, die Finanzen der Städte und Gemeinden schon bald auf eine solide Basis stellen könnten.

Die schwarz-gelben Pläne - von Kürzungen bei den sozialen Leistungen über den Wegfall der Gewerbesteuer bis hin zu weiteren Steuersenkungen - werden die Gemeinden noch weiter in die

Krise treiben. Der Flurschaden, den Schwarz-Gelb damit in der Infrastruktur von Städten und Gemeinden anrichtet, wird die Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen kommen.
Jetzt handeln!

Statt mit realitätsfernen Debatten über die Abschaffung der Gewerbesteuer die Lösung der kommunalen Finanzprobleme bis zum St. Nimmerleinstag hinauszuzögern, muss die Bundesregierung jetzt konkrete Schritte einleiten, um die Gemeindefinanzen auf eine solide Basis zu stellen. Wir fordern:

1. die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre Einnahmen zu stabilisieren durch
 - 1.1. ein Verzicht auf weitere Steuersenkungen
 - 1.2. eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer
 - 1.3. eine Verstetigung und ökologische Ausrichtung der Grundsteuer
2. eine Altschuldenhilfe nicht nur für besonders finanzschwache Bundesländer, sondern auch für besonders notleidende Kommunen
3. die Städte und Gemeinden von den Kosten steigender Sozialausgaben zu entlasten durch
 - 3.1. eine Neuausrichtung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Empfänger/innen an den tatsächlichen Unterkunftskosten und
 - 3.2. eine Gewährleistung der vereinbarten Bundeskofinanzierung auch bei erhöhter Inanspruchnahme des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten 1. Lebensjahr
4. eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen im Grundgesetz sicherzustellen durch
 - 4.1. eine Ergänzung der Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen in Art. 28 GG durch eine Garantie der Mindestfinanzausstattung und einen Ausgleich für Mehrbelastungen bei zusätzlichen Aufgabenübertragungen
 - 4.2. eine Aufhebung des sog. Kooperationsverbotes zwischen Bund und Kommunen insbesondere bei Zukunftsinvestitionen für Bildung, Umwelt und Soziales
5. eine Regelung zur "Konnexität", um zu verhindern, dass die Kosten von Gesetzesvorhaben auf die Kommunen abgewälzt werden
6. verbesserte Anhörungsrechte im Gesetzgebungsverfahren.

Das Positionspapier steht hier zum Download:

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/329/329817.gemeindefinanzen.pdf>

Meine Pressemitteilung dazu findet ihr hier:

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/329/329876.gruene legen eckpunkte zur reform der ge.html>

Herzliche Grüße aus Berlin

von Eurer Britta Hasselmann, MdB

In der neuesten Ausgabe von Kommunalkonkret fasst Britta Hasselmann die Auswirkungen der schwarz-gelben Finanzpolitik auf die Kommunen zusammen. Das Papier steht auf der GAR Internetseite unter <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1382> .

3. Flüchtlinge aufnehmen – Beispielantrag aus Karlsruhe

In Karlsruhe hat die Grüne Gemeinderatsfraktion zusammen mit mit SPD, Karlsruher Liste, Linke und Freien Wählern einen interfraktionellen Antrag zur Flüchtlingsaufnahmekampagne Seve-Me gestellt, der mehrheitlich beschlossen wurde.

Aus der Begründung:

„Millionen schutzbedürftiger Flüchtlinge weltweit befinden sich heute in einer ausweglosen Lage. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, die – selbst meist armen und strukturell überforderten – Erst-Zufluchtsländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht allein zu lassen. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) ist von der UNO beauftragt, dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge zu finden. Eine solche Lösung ist unter anderem die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen in einem aufnahmebereiten Staat („Resettlement“ oder

„Neuansiedlung“). Eine ganze Reihe von Staaten, allen voran die USA, betreiben seit Jahrzehnten Neuansiedlungsprogramme auf freiwilliger Basis. Auch europäische Staaten wie Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien und die Niederlande stellen jährliche Aufnahmekontingente für Flüchtlinge bereit.

Vor dem Hintergrund der Situation der Flüchtlinge auf der Welt hält UNHCR eine Ausweitung der verfügbaren Neuansiedlungskapazitäten für dringend erforderlich und versucht, im Rahmen der Aktion „Save Me“ auch Deutschland zu einem Resettlement-Programm zu bewegen.

Eine Ausweitung der Neuansiedlungspolitik wird auch von den europäischen Institutionen, namentlich dem Europäischen Rat und dem Europaparlament, ausdrücklich unterstützt. In der Öffentlichkeit werden 30.000 Neuansiedlungsplätze für Flüchtlinge in Deutschland jährlich gefordert.

Wesentlicher Bestandteil der Kampagne ist es, BürgerInnen dafür zu gewinnen, jeweils einem Flüchtling als „Pate/Patin“ beizustehen, damit die Flüchtlinge sich in Deutschland möglichst schnell einfinden und hier Fuß fassen können.

Zur Unterstützung der Aktion „Save me“ haben sich – Stand Dezember 2009 – in insgesamt 43 bundesdeutschen Städten bereits über 5.000 Menschen auf den jeweiligen kommunalen Websites der Kampagne www.save-me-kampagne-<ortsname>.de öffentlich bereit erklärt, eine Patenschaft zu übernehmen

In baden-württembergischen Großstädten wurden im vergangenen Jahr ähnliche interfraktionelle Anträge bereits in Ulm (für 300 Personen) und Heidelberg (für 130 Personen) einstimmig angenommen.“

Der Antrag steht auf der Internetseite der karlsruher Grünen unter

<http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion/Antraege/2010/0126at02.htm>

4. Veggi-Day“ – weiterer Baustein für den Klimaschutz in den Kommunen

Dem Thema „bewusste Ernährung“ kommt beim Klimaschutz eine wichtige Rolle zu. In der CO₂-Minderungskampagne der Stadt wird unter der Überschrift „Weniger Fleisch – mehr Klimaschutz“ darauf hingewiesen, dass allein die Fleischproduktion 18% der weltweiten Treibhausgasemissionen verursacht. Anderen Quellen zu Folge sei speziell Rindfleisch das größte Klimaproblem auf dem Teller – rein rechnerisch wirke sich eine Kuh übers Jahr gesehen für das Klima genauso schädlich aus wie ein PKW mit 14 000 km Fahrleistung. Der Tipp an klimabewusste VerbraucherInnen, den Fleischkonsum zu reduzieren, ist deshalb nur konsequent.

Um diesem Thema eine breitere Öffentlichkeit zu geben und die Menschen zum Mitmachen zu motivieren, haben einige europäische Städte, so die belgische Stadt Gent und die norddeutsche Stadt Bremen, einen sog. „Veggi-Day“ eingeführt. Also einen Tag in der Woche, an dem in städtischen Schulen, Kitas und Kantinen auf Fleisch verzichtet wird und stattdessen vegetarische Gerichte angeboten werden. Neben städtischen Einrichtungen sollen auch Restaurants, Mensen, Betriebskantinen und natürlich alle BürgerInnen motiviert werden, an diesem Tag bewusst auf das Angebot und den Verzehr von Fleisch zu verzichten.

Die Stadt Gent hat errechnet, dass der jährliche CO₂-Ausstoß von 18 000 PKW (rund 32 000 Tonnen) vermieden werden kann, wenn alle 240 000 Einwohner an einem Tag pro Woche auf Fleisch verzichten. Auf Freiburg hochgerechnet entspräche dies einer CO₂-Reduktion um rund 28 000 Tonnen – oder 1,57% des jährlichen Gesamtausstoßes von 1,787 Millionen Tonnen in 2007. Was auf den ersten Blick wenig klingen mag, wäre faktisch jedoch ein Riesenschritt zur Erreichung der Freiburger Klimaschutzziele. Soll doch bis 2030 der CO₂-Ausstoß gegenüber 1992 um 40% gesenkt werden, was künftig mit Reduktionsschritten von minus 1,5% pro Jahr erreicht werden soll. Rechnerisch würde somit alleine die erfolgreiche Einführung eines Freiburger Veggi-Days, an dem alle EinwohnerInnen konsequent teilnehmen, dem Minderungsziel eines ganzen Jahres entsprechen!

Bei der Veggi-Day-Kampagne soll es explizit nicht darum gehen, mit dem erhobenen Zeigefinger gegen den Fleischkonsum generell zu sein und für ausschließlich fleischlose Ernährung zu werben – der Sonntagsbraten soll bleiben! Ziel ist vielmehr, bei Einkauf, Zubereitung und Verzehr von Nahrungsmitteln genauer hinzusehen, sich auf regionale, saisonale und am besten biologisch

angebaute Produkte zu besinnen und (zumindest) an einem Tag in der Woche bewusst auf Fleisch zu verzichten – um so die persönliche CO2-Bilanz zu verbessern und direkt zum Klimaschutz beizutragen.

Adelheid Hepp, Stadträtin Freiburg, GAR-Vorstandsmitglied

Der Antrag steht auf der GAR-Internetseite und kann im GAR-Büro angefordert werden.

5. Neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen – Bericht von Heide Rühle, MdEP

Das Europäische Parlament hat Heide Rühle beauftragt, einen Bericht über neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen zu erstellen. Nun liegt ein erster Entwurf vor. Der Entwurf soll am 28. April im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz abgestimmt werden und wird voraussichtlich im Mai im Plenum behandelt. Dieser Bericht steht auf der Internetseite von Heide Rühle: <http://www.heide-ruehle.de/heide/fe/pub/de/dct/734>

6. Inklusion in der Schule – offener Brief

Offener Brief zu Inklusion in Baden-Württembergischen Schulen an (Ober)Bürgermeisterinnen und Oberbürgermeister:

Anrede,

am 24.03.2009 ist die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland in Kraft getreten. Die Inklusive Schule ist darin in Artikel 24 als Rechtsanspruch festgeschrieben. Zwar hat der ehemalige Kultusminister Rau im Mai vorigen Jahres angekündigt, die Sonderschulpflicht aufzuheben, die für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf nach baden-württembergischen Schulgesetz, § 84, zwingend festgeschrieben ist. Von einem Rechtsanspruch auf Inklusion war aber nie die Rede. Inzwischen ist fast ein Jahr vergangen: Ein Antrag der GRÜNEN Landtagsfraktion, Inklusion als Rechtsanspruch im Schulgesetz zu verankern, wurde auf die lange Bank geschoben. Eine inzwischen eingesetzte Expertengruppe sollte zunächst im Auftrag des Kultusministeriums Eckpunkte für die Umsetzung der UN-Konvention in Baden-Württemberg erarbeiten. Die Arbeitsgruppe hat ihre Tätigkeit beendet, die Ergebnisse werden nach Aussage des Kultusministeriums erst in ca. vier Wochen veröffentlicht. Das bedeutet eine weitere, unverständliche Verzögerung, die dazu führen wird, dass behinderte Kinder nicht zum Schuljahr 2010/11 in Regelschulen angemeldet werden können. Viele Eltern von behinderten Kindern aber warten seit Anfang des vorigen Jahres auf eine Initiative des Kultusministers, die UN-Konvention umzusetzen und ihren Kindern einen Rechtsanspruch auf Unterricht in der Regelschule zu gewähren. Die Integrativen Schulentwicklungsprojekte (ISEP), die auf Antrag einer Schule eingerichtet werden können, werden nur sehr restriktiv genehmigt. Der Bedarf an gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht-behinderten Kindern wird damit überhaupt nicht befriedigt. Wir sind mit den Eltern von behinderten Kindern der Ansicht, dass kein Kind vom gemeinsamen Unterricht ausgeschlossen werden darf. Nicht die Defizite, wie lernbehindert oder sprachbehindert, dürfen im Vordergrund stehen, sondern die Potentiale, die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder und daraus abgeleitet die notwendigen Förderbereiche. Wir bitten Sie, sich in Stuttgart dafür einzusetzen, dass Inklusion auf schnellstem Weg als Rechtsanspruch ins baden-württembergische Schulgesetz aufgenommen wird.

Anne Segor, Stadträtin in Karlsruhe

7. Neue AKP erscheinen mit Schwerpunkt Vergaberecht, faire Vergabe

Ausgabe 2/2010 der Zeitschrift "Alternative Kommunalpolitik" ist erschienen, mit dem Schwerpunktthema **Vergaberecht und faire Vergabe:**

Wettbewerbsrecht, Richtlinien, Verordnungen... das Vergabe-Thema, das ist spröde, oder?

Mitnichten! 240 Mrd. Euro werden pro Jahr im kommunalen Beschaffungswesen bewegt, für Produkte und Dienstleistungen. Angesichts dieser Summe sollten auch ehrenamtliche Kommunalis die Grundzüge des Vergaberechts kennen. Dann haben sie nämlich auch Einfluss darauf, dass fair eingekauft und bestellt wird, ohne Ausbeutung von Mensch und Umwelt.

Weitere Themen:

Klimaschutz in der Stadtentwicklung, Gescheiterte, Krankenhausprivatisierung, Bürgerhaushalt international, See-Privatisierungen, Neue Gartenbewegung.

Aktuelle Leseproben auf www.akp-redaktion.de:

Einzelpreis der AKP: 10 Euro plus 1,20 Euro Versand, Abopreis (6 Ausgaben): 56 Euro

Bestelladresse: Alternative Kommunalpolitik, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568, Mail akp@akp-redaktion.de.

8. Grüne Blogs

Unter Aktuelles gibt es auf der GAR-Homepage in der rechten Spalte eine neue Rubrik, in der kommunale Blogs verlinkt sind. Der erste, der mir zugeschickt wurde, stammt aus Tübingen. Weitere stelle ich gerne ein.

Mit freundlichen Grüßen
Sabine Schlager